

Die Dachorganisation der Frauenhäuser der Schweiz und Liechtenstein (DAO) setzt ein weiteres Zeichen gegen Gewalt an Frauen: Am 25. November 2014 um 13.00 Uhr vor dem Bundeshaus übergeben Vertreterinnen der DAO Parlamentarierinnen und Parlamentarier 4'500 gesammelte Unterschriften aus der Bevölkerung.

Am Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen übergibt die Dachorganisation der Frauenhäuser der Schweiz und Liechtenstein vor dem Bundeshaus 4'500 Unterschriften, die während 365 Tagen gesammelt worden sind. Die DAO will damit erreichen, dass „Häusliche Gewalt“ in den eidgenössischen Räten zum prioritären Thema für die ganze Schweiz wird. Parallel zur Willensbekundung aus der Bevölkerung werden am Internationalen Tag gegen Gewalt verschiedene parlamentarische Vorstösse eingereicht.



Die Frauenhäuser nehmen durchschnittlich pro Jahr 1'100 Frauen und 1'100 Kinder auf, die Opfer von häuslicher Gewalt geworden sind. Häusliche Gewalt hinterlässt bei Betroffenen, seien es Erwachsenen oder Kinder, tiefgreifende körperliche und seelische Spuren. Nicht weniger als zwei von fünf Frauen erleben in der Schweiz häusliche Gewalt, 20 Frauen und 4 Kinder verlieren dabei jährlich ihr Leben. Vergewaltigung, versuchte Tötung sowie Ermordungen passieren in den „eigenen vier Wänden“. Gemäss Europarat ist häusliche Gewalt die Hauptursache für den Tod oder/und die Gesundheitsschädigung bei Frauen zwischen 16 und 44 Jahren.

Die Bekämpfung der häuslichen Gewalt muss in der Schweiz einen höheren Stellenwert erhalten. Keine Form der Gewalt darf ohne Konsequenzen bleiben. Alle betroffenen Frauen (und Kinder) sollen ihr Anrecht auf Schutz, Unterkunft und eine spezialisierte Begleitung wahrnehmen können. Deshalb soll auch die Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul Konvention) nicht länger aufgeschoben werden. Sie verlangt nichts aussergewöhnlich Luxuriöses sondern nur, dass der Staat seine Pflicht wahrnimmt, die physische und psychische Integrität aller Einwohner und Einwohnerinnen zu garantieren.

Die Frauenhäuser der Schweiz und Liechtenstein fordern vom Bundesrat und Parlament, dass Massnahmen zur Bekämpfung der häuslichen Gewalt sowie zum Schutz der Betroffenen zuoberst auf die politische Agenda gesetzt werden. Es braucht eine nationale Strategie (wie es das in anderen Themenbereichen auch gibt), so dass die Finanzierung der Frauenhäuser in der ganzen Schweiz gesichert ist, sowie 500 zusätzliche Betten finanziert werden können. Der Bedarf an sicheren Unterkünften und der Schutz für professionelle Begleitung – auch der Kinder im Frauenhaus – muss in der Schweiz endlich gewährleistet sein.